



Gegenwind zur «Ehe für alle» bleibt noch aus



In der Aula des Gymnasiums diskutierten Stefan Marxer vom Verein Flay, Sandra Fausch (FL), Daniel Seger (FBP), Michael Winkler (VU), Herbert Elkuch (DPL) und Moderator Raffael von Arx von «Diskuss it». Nach der virtuellen Übertragung der Podiumsdiskussion gingen die Politiker in die Klassen, um mit den Schülern direkt zu diskutieren. (Foto: Michael Zanghellini)

VON DANIELA FRITZ

Debatte Politiker und Jugendliche zeigten sich gestern im Gymnasium offen, was die «Ehe für alle» und Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare angeht. Eine Gegenposition wollte keiner so recht einnehmen.

In einer Demokratie gibt die Mehrheit den Kurs vor. Das kann, gerade wenn es um die Rechte von Minderheiten geht, schwierig werden. Muss es aber nicht: Die Schweiz stimmt am 26. September über die Einführung der «Ehe für alle» ab – die Zeichen stehen gemäss Umfragen gut, dass dieses Anliegen gleichgeschlechtlicher Paare auch vom Volk angenommen wird. In Liechtenstein erlebt das Thema ebenfalls neue Aktualität: Da der Staatsgerichtshof einen Artikel zur Adoption und Fortpflanzungsmedizin im Partnerschaftsgesetz als diskriminierend ansieht, muss die Politik bis Mai 2022 Lösungen für diese Fragen finden.

Passend dazu hat sich das Gymnasium am gestrigen Tag der Demokra-

tie dem Thema gewidmet. Mit Unterstützung der Organisation «Discuss it» sprachen die Politiker Herbert Elkuch (DpL), Sandra Fausch (FL), Daniel Seger (FBP), Michael Winkler (VU) und Stefan Marxer vom Verein Flay mit Schülern und Schülerinnen über die Rechte und Akzeptanz der LGBTQ-Community.

Zwar fehlte gestern eine klare Gegenposition, gegen eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren sprachen sich alle Gäste aus. Unter den Jugendlichen scheint die sexuelle Orientierung anderer Menschen ohnehin keine grosse Rolle mehr zu spielen. «Das macht keinen Unterschied», meinte etwa eine Schülerin aus einer fünften Klasse. «Warum sollten Homosexuelle nicht das Gleiche machen dürfen wie Heterosexuelle», kommentierte ein Mitschüler die Debatte.

Eine Jugendliche brachte das Argument des Kindeswohls auf den Tisch, das von Gegnern der Stiefkindadoption immer wieder angeführt wird. «Wichtig ist, dass das Kind ein Geborgenheitsgefühl bekommt und ehrlich mit der Adoption umgegangen wird. Auch bei heterosexuellen Paaren ist nicht garantiert, dass sie

gute Eltern sind», merkte Sandra Fausch an.

Diskriminierung aufheben

Die Gäste aus der Politik zeigten sich jedenfalls offen für eine Änderung des gesetzlichen Rahmens. Stefan Marxer vom Verein Flay schätzt, dass etwa 10 Prozent der Liechtensteiner der LGBTQ-Community angehören. «Nicht jedes Paar will Kinder haben. Aber für die, die das wollen, braucht es einen rechtlichen Rahmen», so Marxer. Derzeit sei die eingetragene Partnerschaft der Ehe nicht gleichgestellt. «Diskriminierende Artikel gehören behoben», findet auch Michael Winkler (VU). Selbst Herbert Elkuch gab sich aufgeschlossen, auch wenn sein aktueller Beitrag im DPL-eigenen Heftchen «Transparent» einen anderen Eindruck erwecken könnte. Elkuch möchte die Ehe und die eingetragene Partnerschaft zwar als zwei eigenständige Rechtsformen beibehalten, erklärte er den Schülern. Gleichgeschlechtliche Paare dürften aber nicht diskriminiert werden. Elkuch gab zu bedenken, dass ein Kind nur durch Mann und Frau entstehen könne und gleichgeschlechtliche



Paare auf eine dritte Person angewiesen seien. Das Adoptionsgesetz müsse daher ein grosses Spektrum erfassen. Zwei Dinge waren dem DPL-Abgeordneten wichtig: Das Kindeswohl müsse bei einer Adoption im Vordergrund stehen und die Bevölkerung bei der Debatte miteinbezogen werden.

Gegner abholen

Wie in der Schweiz befürworten im Landtag viele Abgeordnete gleiche Rechte für homosexuelle Paare. Nicht ganz einig war man sich, wie das Thema im Volk ankommt. «Wir sind eine konservative Gesellschaft, vielen geht es zu schnell. Diese Personen muss man abholen», so der VU-Generalsekretär. Oft würden diffuse Ängste hinter der Skepsis stecken. Dass man diese in direkten Gesprächen aus dem Weg räumen kann, hat auch Stefan Marxer bei der Abstimmung zum Partner-

schaftsgesetz im Jahr 2011 gelernt. Er konnte mit seiner persönlichen Geschichte in seinem Umfeld viele überzeugen, für das Partnerschaftsgesetz zu stimmen.

«Wir müssen greifbar werden», findet auch Daniel Seger (FBP), der 2011 selbst an vorderster Front für das Partnerschaftsgesetz kämpfte. Er verwies aber auf jene 69 Prozent, die damals mit Ja stimmten: «So konservativ, wie man immer meint, ist Liechtenstein nicht.» Winkler sieht den Erfolg jedoch auch darin begründet, dass das Partnerschaftsgesetz gewisse Aspekte ausgeklammert hat. «Das ist jetzt Wasser auf den Mühlen der Gegner», erinnerte Winkler an jene, die damals befürchteten, dass nach dem Partnerschaftsgesetz auch das Adoptionsrecht gefordert wird. Damals sei jedoch die Situation eine andere gewesen, entgegnete Seger. 2011 sei zumindest dem in der LGBTIQ-Com-

munity gut vernetzten Politiker kein lesbisches oder schwules Paar bekannt gewesen, das miteinander ein Kind hatte. «Das ist jetzt anders», so Seger. «Und diese Paare brauchen Rechtssicherheit.»

Warum die LGBTIQ-Rechte in den vergangenen zehn Jahren im Gegensatz zu anderen Ländern in Liechtenstein nicht weiter gestärkt wurden, erklärt sich Sandra Fausch so: «Solchen Dingen muss man Zeit geben, das braucht Dialog.» Für sie ist die Zeit jetzt reif. Anders als noch bei der Abstimmung 2011 sei die Adoption für gleichgeschlechtliche Paare bei der Abstimmung 2011 kein gesellschaftliches Tabu mehr.

Einig waren sich die Politiker, dass der konkrete Gesetzesentwurf entscheidend sein wird. «Noch ist die Diskussion abstrakt», so Marxer. Sobald ein Vorschlag vorliegt, rechnet er schon mit einigen «Ja, aber ...».